Nun Reden Wir

LANDES SENIOREN VERTRETUNG NRW

Sommerhitze - ist das noch schönes Wetter?

Klimawandel - was können wir und was können Kommunen für die Zukunft tun?

Gewappnet für Hitzewellen?

Wie lange gibt es noch grüne Wiesen?

Ausgabe 119 · 02/23

Klima-Veränderungen fordern uns alle heraus

Prävention und Vorausdenken werden unerlässlich sein

Erst Hitzerekorde, dann Wasserfluten - da gibt es einiges an Wetter-Krisen bei uns und weltweit, das bewältigt werden muss. Unser Schwerpunktthema, von der Mitgliederversammlung in Kevelaer gutgeheißen („Alter bewältigt Krisen“) ist Ansporn, Aufgabe und auch Selbstvergewisserung. Denn Erfahrungen und Wissen vieler Lebensjahre helfen uns persönlich, aber auch der Gesellschaft, auf Herausforderungen zu reagieren und Dinge zum Besseren zu wenden.

Dazu gibt gerade diese spätsommerliche Ausgabe der NRW wieder gute Beispiele. Schauen Sie gleich auf der nächsten Seite, wie in Recklinghausen ein Hitzeschutz-Konzept entwickelt wird und welche Rolle die Älteren dabei aktiv spielen.

Prävention ist gerade beim Thema Klimawandel ein wichtiges Stichwort: Wir brauchen öffentliche Trinkbrunnen, müssen für mehr Schatten und angepasste Pflanzen in den Gärten und Parks sorgen...

Doch auch andere Themen bewegen die älteren Menschen in ihren Kommunen – freuen Sie sich auf die informative Vielfalt dieser NRW. Tragen Sie doch gerne auch dazu bei mit Beiträgen aus Ihren Seniorenvertretungen. Herzlich grüßen Sie

Karl-Josef Büscher
und der gesamte LSV-Vorstand

Aus dem Inhalt

Zum Start	2
Schwerpunkt Hitze	3
Aus dem Vorstand	4
Mobilitätsseite	5
Gesundheitsseite	6
Kultur und Alter	7
Pflegeseite	8-9
Aus den kommunalen Seniorenvertretungen	10 - 15
Die positive Stimme	16
Impressum	14

SV Euskirchen ist dabei

Die „SV SIE“ – Senioren in Euskirchen –war bisher korrespondierenes Mitglied in der Landesseniorenvertreeung NRW. Nun ist sie als ordentliches Mitglied dabei - willkommen!

Haltern: Seniorenbeirat organisiert „Seniorentagung“ zu Wohnen, Armut und Digitalisierung

Altersthemen in den gesellschaftlichen Fokus holen

Wie verschafft man sich als Interessenvertretung der Generation Ü60 Gehör und versucht gleichzeitig, eine sachliche Diskussion anzustoßen bzw. zu verstärken? Diese Frage hat sich der Vorstand des Seniorenbeirats der Stadt Haltern am See gestellt und als eine Antwort die Durchführung einer „Seniorentagung“ am 22. September 2023 (10 bis 16 Uhr) geplant.

Das Ziel ist, spezifische Altenthemen stärker in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken, denn: Alter hat Zukunft – wenn man nicht abgehängt wird. Eine älter werdende Gesellschaft muss sich neben den Themen wie Rente, Pflege oder Gesundheit auch mit weiteren gesellschaftlich akuten Fragen beschäftigen, so der Beirat.

Drei Themenblöcke

Um genau solche Themenblöcke – Wohnen im Alter, Altersarmut und Digitalisierung – geht es bei der Seniorentagung im Hotel Seehof in Haltern, um Herausforderungen und Problemlösungen. Alle an Themen der Seniorenpolitik interessierten Personen - nicht nur aus dem Kreis Recklinghausen – sind eingeladen zu den Impulsvorträgen und anschließenden Podiumsdiskussionen.

Die Beilage in diese NRW bietet weitere Informationen zum Programm und zu Organisatorischem. Moderatorin ist Barbara Eifert, wissenschaftliche Beraterin der LSV.

Rüdiger Haake

www.seniorenbeirat-haltern.de

Recklinghausen: Der Seniorenbeirat beschäftigt sich seit langem mit dem Hitzeschutz

Pilotprojekt: Telefon-Betreuung und -beratung für ältere Menschen während Hitze-Perioden

Hitzeschutz für Seniorinnen und Senioren in Recklinghausen - das Konzept dafür hat der Seniorenbeirat in den letzten drei Jahren mit vielen Fachleuten diskutiert.

Ob es sich in der Praxis bewähren kann, wird sich in einem Pilotprojekts zeigen, das mit dem Institut Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule und dem Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Recklinghausen e.V., geplant wird. Der Seniorenbeirat wirkt als Berater und Unterstützer mit.

Norbert Jandt vom Seniorenbeirat beantwortete die Fragen der NRW zum Konzept.

Warum war Hitzeschutz ein Thema für den Beirat?

Hitzeschutz ist ein Teilbereich der Klimaanpassung, die neben dem Klimaschutz dringend erforderlich ist. Insbesondere ältere Menschen, Kinder und chronisch Kranke sind in Hitzeperioden besonders gefährdet. Obwohl diese Tatsache seit langem bekannt ist, gab es in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern bisher keinerlei staatliche Regelungen oder Programme, die Städte und Gemeinden verpflichteten, aktive Maßnahmen zum Hitzeschutz, insbesondere von vulnerablen Personen, zu planen und zu organisieren. Das war ein Hauptgrund für den Seniorenbeirat, sich mit Möglichkeiten zum Schutz von älteren Menschen in Hitzeperioden zu befassen. Bereits im Herbst 2020 wurde ein Förderantrag an den Bürgermeister gerichtet, in dem um Zustimmung zur Beteiligung an einem Pilotprojekt zur Hitzeprävention bei Seniorinnen und Senioren gebeten wurde. Die zuständigen Ratsausschüsse stimmten ihm im September 2021 zu und beschlossen für den Fall fehlender öffentlicher Fördermittel einen Restbetrag bis zu 20 Prozent der Projektkosten durch die Stadt zu übernehmen.

Basis sind Telefonanrufe

Das vom Seniorenbeirat vorgeschlagene Hitzeschutzkonzept beruht auf der telefonischen Betreuung von Seniorinnen und Senioren während einer Hitzeperiode durch eine Betreuergruppe, die bei täglichen Anrufen Hinweise zum richtigen Verhalten bei Hitze gibt und gleichzeitig den Gesundheitszustand der Teilnehmer beobachtet. Im Krisenfall sollen Verwandte, Pflegedienste oder Ärzte einbezogen werden.

Was war hilfreich bei der Initiierung des Schutzkonzeptes ?

Die Kommunalpolitiker und die beteiligten Mitarbeitenden der Stadtverwaltung standen dem Projekt von vornherein sehr aufgeschlossen gegenüber. Das gilt auch für alle weiteren Projektunterstützer wie das Gesundheitsamt des Kreises, das Ärztenetzwerk RANIQ und auch für die Mitarbeitenden des Umweltministeriums NRW und des Landesumweltamtes.

Einige angefragte Stiftungen oder Ministerien, darunter das Gesundheitsministerium, haben eine Projektförderung abgelehnt, weil kein Förderprogramm verfügbar war.

Haben Sie Tipps für andere Seniorenvertretungen?

Unser Konzeptvorschlag zum Hitzeschutz kann nach Erprobung überall übernommen werden. Aufgabe der Kommunen wird darin bestehen, Betreuungsgruppen zu organisieren, die in Hitzeperioden verfügbar sind. Wenn man sich hier auf die hochaltrigen Menschen über 80 Jahre beschränkt, sind das allein in Recklinghausen ca. 7000 Menschen. Die Betreuer sollten aus unserer Sicht durch jüngere Seniorinnen und Senioren gestellt werden, die ehrenamtlich, gegen eine Aufwandsentschädigung tätig werden. Die Organisation und Koordination könnte u.a. durch Soziale Dienste wie DRK, Diakonie usw. geleistet werden. Die Rolle der Seniorenbeiräte besteht insbesondere in der Ansprache und Akquisition von betreuenden Seniorinnen und Senioren.

Interview: Barbara Eifert

Mitgliederversammlung in Kevelaer: Konzentrierte Arbeit an einer zukunftsfährigen LSV

Kampf gegen Altersdiskriminierung liegt den Seniorenvertretungen besonders am Herzen

Bei der Versammlung der Seniorenvertretungen aus 170 Kommunen und Kreisen in NRW in Kevelaer standen viele Aufgaben an. Sowohl was Anträge der Mitglieder als auch Vereinsangelegenheiten anbelangte, galt es einiges zu bearbeiten.

Erfreulicherweise waren viele Seniorenvertretungen und Gäste angereist. Nach Kevelaer hatten der Seniorenbeirat und die Stadt eingeladen. Besonderer Dank dafür an Bürgermeister Dr. Dominik Pichler und den Vorsitzenden des Seniorenbeirats, Josef Lipka, stellvertretend für Stadt und Beirat.

Gute Atmosphäre

Dank der hervorragenden Vorbereitung seitens des Seniorenbeirats, der Stadt und der LSV-Geschäftsstelle war eine gute Atmosphäre garantiert, um Weichen für die Zukunft stellen.

Neben der einstimmigen Wahl der neuen Schriftführerin Helga Niedoba wurden zukunftsweisende Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungen abgestimmt. Ein inhaltlicher Schwerpunkt bestand in der Vorstellung und Diskussion von 12 Anträgen der Mitglieder. Allein fünf Anträge hatten das Thema „Altersdiskriminierung“ zum Inhalt – von der Altersbegrenzung bei Ehrenämtern bis hin zur digitalen Transformation. Der Vorstand kümmert sich nun um alle 12 Beschlüsse und deren Umsetzung. Dies gilt auch für das neue Jahresschwerpunktthema: „Alter nutzt Krisen als Chance“.

Blick in die Mitgliederversammlung in Kevelaer. Die LSV NRW zukunftsorientiert zu gestalten, darum ging es. Foto: LSV

Neben der konzentrierten Arbeit an der Tagesordnung gab es auch Freude bei der Überreichnung von Jubiläums-Urkunden durch den LSV-Vorstand: Seit jeweils 25 Jahren bestehen die SV Altenberge, Bergisch-Gladbach, Kirchlengern und Waltrop. Für 33-jähriges Bestehen wurden die SV Arnsberg, Dortmund, Geseke und Weeze sowie Kevelaer geehrt.

Eine gelungene Mitgliederversammlung! Alle Kommunen mit Seniorenvertretungen können stolz auf diese Stimme der Älteren sein! Wir freuen uns auf Einladungen für die Mitgliederversammlung 2024! Melden Sie sich gern bei unserer Geschäftsstelle! ***Karl-Josef Büscher***

Josef Lipka, der Vorsitzende des Seniorenbeirats Kevelaer mit Thomas Hauberichs, Referatsleiter für „Altenpolitische Infrastruktur, Teilhabe im Alter“, vom fördernden Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS)

LSV für eine Fahrradhelm-Pflicht - Landesverkehrswacht schreibt hier zu Pro und Contra

Diskussion zu Zwang oder Freiwilligkeit

In der LSV-Mitgliederversammlung im Mai 2023 wurde beschlossen, dass sich der Vorstand für die Helmpflicht für alle Nutzerinnen und Nutzer von Fahrrädern, Pedelecs, E-Bikes o.ä. Fahrzeugen einsetzt. Der Antrag kam aus der Seniorenvertretung Gronau. Für den Beschluss setzt sich der Vorstand auftragsgemäß ein. Hier finden Sie einen Beitrag zum Thema, den die Landesverkehrswacht, in der die LSV Vorstands-Mitglied ist, für die Nun Reden Wir verfasste

Helmpflicht auf dem Rad?

Eigentlich ist die Antwort ja ganz einfach: Denn es ist Tatsache, dass ein Fahrradhelm bei einem Unfall schwerste Kopfverletzungen verhindern und auch Leben retten kann. So zeigen beispielsweise Studien, dass bei Zusammenstößen von Rad und Auto Helmverweigerer neunmal häufiger schwere Kopfverletzungen erleiden als Helmträger.

Es ist daher eher die Frage nach einer Helmpflicht, die großes Diskussionspotenzial birgt. Manche fordern, dass das Tragen eines Helms zur Pflicht wird. Andere meinen, dass der Appell an den gesunden Menschenverstand reichen und die Infrastruktur sich an den steigenden Radverkehr anpassen muss. Eine sicherere Radinfrastruktur, geringere Geschwindigkeiten der Autos und generell mehr gegenseitige Rücksichtnahme könnten schon viele Unfälle vermeiden.

Dieser Radler hat sich für das Tragen des Helms entschieden.
Foto: Rainer Sturm/pixelio. de

Gegenargumente

Eine Helmpflicht sei nicht durchzusetzen und auch nicht kontrollierbar, so eines der Gegenargumente. Weitere Befürchtungen sind, dass Personen unvorsichtiger fahren könnten, weil sie sich mit Helm sicherer fühlen; oder dass sie gar nicht mehr aufs Rad steigen und damit der Radverkehr geschwächt wird, weil sie keinen Helm tragen möchten. Gegenargumente wie „Ein Helm zerstört meine Frisur“ oder „Das sieht nicht aus“ sind eher im privaten Bereich gängig, gelten aber für Helme, die sich beim Unfall selber aufblasen, nur noch bedingt. Im Ergebnis empfehlen viele Institutionen und Verbände dringend, beim Radfahren einen Helm zu tragen. Eine gesetzliche Pflicht dazu wird aber meistens nicht gefordert.

Helme werden Normalität

Umfragen spiegeln ein anderes Bild wider. Laut einer TÜV-Umfrage aus 2021 befürworten 71 Prozent der Bundesbürger eine Helmpflicht, während nur 28 Prozent dagegen sind. In der Generation 60+ sprachen sich sogar 80 Prozent der Befragten für eine Helmpflicht aus. Bei einer DEKRA-Umfrage (2022) gaben 59 Prozent der Befragten an, dass Radfahrer verpflichtet sein sollten, einen Helm zu tragen. Deutlicher waren die Antworten mit Blick auf die Nutzer von Elektrofahrrädern. Mehr als drei Viertel sprachen sich für eine Helmpflicht für diese Zielgruppe aus.

Dass Helmtragen immer mehr zur Normalität wird, zeigen andere Umfragen. So zeigt eine DEKRA-Umfrage, dass 65 Prozent der Befragten einen Fahrradhelm besitzen. Von diesen tragen 55 Prozent ihn immer, 21 % eher häufig.

Allein 2022 wurden 2,2 Millionen elektrisch betriebene Fahrräder verkauft. Vor allem Senioren entscheiden sich oft für ein Pedelec. Weil sie schneller als normale Fahrräder sind, fallen die Unfälle schlimmer aus. So kommt es auch zu mehr Alleinunfällen, weil der Radler durch die Geschwindigkeit eher die Kontrolle über sein Pedelec verliert. Vielleicht sagt dann mancher, gut, dass ich einen Helm getragen habe...

Der Klimawandel und seine Folgen: Herausforderungen für die menschliche Gesundheit

Hitzeschutz als wichtige Präventionsaufgabe

Der Klimawandel und seine Auswirkungen sind eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, auch für die menschliche Gesundheit. Hitze ist eine der relevantesten Folgeerscheinungen.

So werden Hitzeperioden in Mitteleuropa zukünftig in ihrer Intensität und Häufigkeit zunehmen. Bereits heute führt Hitze in Deutschland jährlich zu vielen Erkrankungen und Todesfällen. Die allgemeine mediale Berichterstattung greift das Thema Hitze mehr und mehr auf, Entscheidungstragende und Bevölkerung werden für den Zusammenhang von Hitze und Gesundheit zunehmend sensibilisiert. Es ist notwendig, dass auch Städte, Regionen und Länder der Dynamik begegnen und Konzepte zum Hitzeschutz aufstellen. Insbesondere Lebenswelten von besonders durch Hitze gefährdeten Personengruppen (z. B. Ältere, Vorerkrankte und Schwangere) bedürfen solcher Maßnahmen.

Das geschieht in NRW

In Nordrhein-Westfalen wird sich dem Thema auf mehreren Ebenen gewidmet. So hat sich beispielsweise die 30. Landesgesundheitskonferenz unter dem Titel „Klimaschutz und Klimaanpassung sind Gesundheitsschutz“ des Themas angenommen. Kommunale Hitzeaktionspläne können laut Landesgesundheitskonferenz ein geeignetes Instrument darstellen, um passgenaue verhaltens- und verhältnispräventive Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Hitzeaktionspläne umfassen Maßnahmen, die dazu dienen, gesundheitliche Folgen von Hitzewellen zu verhindern oder zu mindern.

Unterstützung für Kommunen

Die Kommunen benötigen für die Bewältigung der Herausforderungen Unterstützungsangebote, insbesondere für die Aufstellung von Hitzeaktionsplänen. Das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (LZG.NRW) als Leitstelle für den Öffentlichen Gesundheitsdienst in NRW wird die systematische und flächendeckende Implementierung von Hitzeaktionsplänen in den Kommunen unterstützen.

Info-Portal Hitze

Das LZG.NRW berät unter anderem die kommunalen Gesundheitsämter zum Thema Hitze und Gesundheit. Ziel ist es, neueste Erkenntnisse aus der Wissenschaft sowie erfolgreiche Ansätze aus der Praxis zum gesundheitsbezogenen Hitzeschutz zu kommunizieren. Zu diesem Zweck werden vom LZG.NRW beispielsweise auf dem Infoportal Hitze und Gesundheit NRW (www.hitze.nrw.de) Informationen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, aber auch für die Bevölkerung und pflegende Personen, bereitgestellt (bspw. in Form von Handreichungen).

Das Thermometer steigt und steigt im Sommer.... Foto: Rosel Eckstein/pixelio.de

Zudem entwickelt das LZG.NRW derzeit gemeinsam mit verschiedenen Institutionen Arbeitshilfen zur Erstellung von Hitzeschutzplänen für Krankenhäuser sowie für stationäre Pflege- und Wohneinrichtungen. Sie sollen Einrichtungen dabei unterstützen, sich auf Hitzeereignisse vorzubereiten und Schutzmaßnahmen zu entwickeln.

Die Arbeitshilfen enthalten sowohl praktische Tipps für den täglichen Umgang mit Hitze als auch Anregungen für die langfristige Hitzeanpassung von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen.

Raphael Sieber , Fachgruppe Klima und Gesundheit am LZG.NRW (klima@lzg.nrw.de)

Der Senioren-Beirat Rheine bietet seit mehr als 16 Jahren ein monatliches „Seniorenkino“ an

... und vorher warten Kaffee und Kuchen

„Kino für Senioren gibt es auch bei Ihnen? Erzählen Sie uns doch davon…“

Sicher erinnern Sie sich an unsere Bitte – für die aktuelle Ausgabe hat uns der Seniorenbeirat der Stadt Rheine mit Wissenswertem zu seinem Angebot versorgt, zu dem an jedem ersten Dienstag im Monat ins örtliche Cinetech eingeladen wird.

Franz-Josef Hesping, stellvertretender Vorsitzender des Seniorenbeirates, ist froh, dass nach den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie der monatliche Kinonachmittag inzwischen wieder zur Normalität zurückgekehrt ist. Für 8,50 € ist es möglich, einen gemeinsamen Kinobesuch zu verbringen. Wer sich die Karten im Vorverkauf besorgt, den erwartet inklusive ab 14 Uhr ein Glas Sekt oder O-Saft zum Empfang, Kaffee und ein Stück Kuchen. Ab 15 Uhr wird dann der jeweilige Film ausgestrahlt.

Welcher es sein wird, darum kümmert sich im Vorfeld das Team Seniorenkino“ des Seniorenbeirats Rheine. Es besteht aus Adolf Wessing, Marianne Brosowski, Margret Borkmann, Ingrid Kessler und Andrea Gedicke. Andie Hoffmann von Cinetech stellt ihnen per Trailer einige Filme vor. Nach jedem bespricht sich das Team und wählt schließlich die Filme für die folgenden sechs Monate aus.

„Bereits seit 16 Jahren gibt es nun das Seniorenkino“, das der Seniorenbeirat in Rheine ausrichtet“, so berichtet Franz-Josef Hesping.

Er erinnert auch daran, dass hin und wieder die lokale Polizei über Verkehrs- und Sicherheitsfragen informiert, wenn sich die jeweils zwischen 50 und 80 Zuschauerinnen und Zuschauer zum gemeinsamen Kinobesuch treffen.

Übrigens: Das Kino-Team sucht nicht nur die Filme für Rheine aus. Auch in den Cinetech- Kinos in Ahaus, Emsdetten und Gronau werden diese Filme gezeigt.

Rubicon: In zehn Jahren hat sich der Blick geweitet auf ältere Lesben, Schwule und Transpersonen

In der eigenen Kommune etwas bewegen

Soziale und kulturelle Teilhabe auch im Alter zu ermöglichen, ist eine der großen Herausforderungen der Seniorenarbeit.

Um auch diejenigen zu erreichen, deren Biografien durch gleichgeschlechtliche Orientierung oder eine Identität als Trans Person geprägt sind, müssen Ansprechpersonen in Kommunen und Kreisen sensibilisiert werden. Wichtig ist es auch, Impulse zu geben für Gruppen, die sich neu bilden - sei es, um sich privat auszutauschen, sei es, um in der eigenen Kommune politisch etwas zu bewegen. Lange richteten sich alterspezifische Angebote fast ausschließlich an die Mehrheit einer heterosexuell lebenden Generation 60 plus. Mit der Landesfachberatung gleichgeschlechtliche und trans_idente Lebensweisen in der offenen Senior_innenarbeit NRW, seit 2011 vom Land NRW gefördert und beim Kölner rubicon e.V. angesiedelt, hat sich merklich etwas geändert im Selbstverständnis und in der Ausrichtung einiger Angebote. Ein Selbstläufer ist das jedoch nicht!

Genau zehn Jahre ist es her, dass die „Nun reden wir“ über die Anfänge der lesbisch-schwulen Seniorenarbeit in NRW berichtete. Mit Blick auf die Seniorenpolitik erläuterte Interviewpartnerin Carolina Brauckmann damals den Nutzen einer vielfaltsorientierten Altenpolitik.

Eine Dekade später hat sich der Blick tatsächlich geweitet. Weniger in seniorenpolitischen Kontexten, mehr bei Mitarbeitende in Kommunalverwaltungen und bei Trägern von Teilhabeangeboten. Eine dauerhafte Verankerung der Zielgruppe in der Altenhilfeplanung ist wichtige Voraussetzung für die Etablierung eines Alters der Vielfalt.

Insolventes Pflegeheim: Mit welchen Folgen leben die Bewohnerinnen und Bewohner?

Unverstellter Blick der SV auf die Lage in der eigenen Kommune hilft mit „vorzudenken“

In unserem Interview geht es um die Folgen und Hintergründe bei Insolvenzen von Pflegeeinrichtungen. Zu diesem leider aktuellen Thema konnten wir **Ulrike Kempchen,** die Leiterin der Rechtsabteilung der unabhängigen Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen BIVA, gewinnen.

Immer häufiger erfahren wir von insolventen Pflegeeinrichtungen. Wie kommt es dazu?

Kempchen: Eine Insolvenz kann unterschiedliche Ursachen haben. Da gibt es zum einen Häuser, die tatsächlich durch die hohen Kosten, sich hinziehende Pflegesatzverhandlungen und hohe Personalkosten z.B. durch Leiharbeitskräfte in finanzielle Schieflage geraten sind. Wenn es dann keine finanziellen Rücklagen oder sonstige Sicherungen gibt, kann das zu einer Insolvenz führen.

Andere Häuser kämpfen schon seit langer Zeit mit dem Personalmangel und konnten ihre Häuser nicht voll belegen, was letztendlich zu einer unwirtschaftlichen Unternehmung führt. Und wieder andere haben sich schlichtweg „verzockt“, sind zu schnell gewachsen oder haben sich an ihrem Gewinnstreben „verschluckt“. Einrichtungen, die langfristig umsichtig geführt wurden, ihr Personal

Insolvenzen von Pflegeheimnen – leider ein aktuelles Thema.
Foto: Karin Jung/pixelio.de

gepflegt haben und sorgsam gewachsen sind, stehen in der derzeitigen Situation besser dar.

Welche Pflegeeinrichtungen sind besonders betroffen?

Kempchen: Nach unseren Beobachtungen, die allerdings nicht statistisch erhoben wurden, trifft es die Einrichtungen, die eine „marktoptimierte“ Struktur haben. Wenn es darum geht, möglichst hohe Rendite aus der Pflege oder Immobilien zu ziehen, an der kostenintensiven Personalschraube zu drehen oder schnell zu expandieren, wirken sich Schwankungen wie derzeit auf dem Markt entsprechend aus. Aber auch kleine Häuser, die vielleicht keine finanzstarken Strukturen haben, können die erlebten Verteuerungen kaum abfangen, wenn sie z.B. nur wenige Bewohner:innen versorgen und keine Möglichkeit haben, Synergieeffekte bei Personal und Sachkosten zu nutzen.

Was bedeutet dies für Bewohnerinnen und Bewohner dieser Einrichtungen?

Kempchen: Der Verlust des Lebensumfelds ist für die Betroffenen immer verheerend, wobei nicht jede Insolvenz unmittelbar dazu führt, dass ein Heim schließen muss. Häufig können die Häuser auch unter veränderten Maßgaben zumindest eine Zeitlang weitergeführt werden. Es gibt aber in der Regel Veränderungen, die den Betroffenen mitunter zusetzen. Das können Personalveränderungen sein, ein Umzug innerhalb der Einrichtung, Veränderungen bei den gewohnten Abläufen oder auch eine Einschränkung des Angebots. Auch wird es aufgrund der Reaktionen der Menschen Fluktuationen bei Personal und Mitbewohner:innen geben. Diese Veränderungen machen Angst und selbst, wenn die Betroffenen vor schlechten Nachrichten geschont werden, spüren sie dies häufig. Schließt eine Einrichtung, bedeutet dies eine komplette Veränderung des Lebensmittelpunkts am Ende des Lebens. Gerade kognitiv eingeschränkte Menschen trifft dies besonders.

Welchen Schutz gibt es?

Kempchen: Das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz kennt die Kündigung wegen Einstellung des Betriebs sowie entsprechende Regelungen,

Weiter auf S. 9

Fortsetzung von S. 8

die eine Weiterversorgung sicherstellen sollen. So sind die Unternehmer verpflichtet, den Betroffenen einen angemessenen Leistungsersatz zu zumutbaren Bedingungen nachzuweisen und haben Umzugskosten in angemessenem Umfang zu übernehmen. Das Insolvenzrecht kennt die Möglichkeit, ein Geschäft weiterzuführen. Wie weit diese geregelten Möglichkeiten aber tatsächlich umgesetzt werden, ist in der Praxis häufig unterschiedlich und auch ein „angemessener Leistungsersatz“ bedeutet letztendlich einen Umzug in ein neues Umfeld, von dem man nicht weiß, wie man sich dort fühlt und wie man versorgt wird.

Was kann getan werden? Wer ist verantwortlich?

Kempchen: Das, was wir derzeit erleben, ist die klassische Kehrseite einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung. Insolvenzen sind neutral betrachtet marktbereinigende Auswirkungen, wenn eine Unternehmung zahlungsunfähig wird. Man muss also in diesem Zusammenhang, wenn man ernsthaft Veränderungen herbeiführen will, darüber nachdenken, ob Marktwirtschaft die richtige Ausrichtung ist, wenn es um die Versorgung von pflegeabhängigen Menschen geht. Diese haben zwar auf dem Papier Verbraucherrechte, sie sind aber schlichtweg keine „echten Verbraucher“, die diese Rechte auch einfordern und umsetzen. Die Entwicklung der letzten 30 Jahre kann

Ulrike Kempchen, Leiterin der Rechtsabteilung der unabhängigen Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen BIVA. Foto: PD

man nicht einfach auf einen Schlag umkehren. Tatsächlich ist in anderen Ländern aber die öffentliche Hand für die Versorgung pflege- und hilfebedürftiger Menschen zuständig, und zwar nicht nur in Form der Hilfe zur Pflege. Wir appellieren, die gesamte Versorgung vom Zwei-Klassen-System der Kranken- bis hin zur Pflegeversicherung auf den Prüfstand zu stellen und die Pflege wirklich zu reformieren.

Dabei geht es nicht nur um die Finanzierung, die für die Betroffenen kaum zu stemmen ist, sondern die gesamte Verantwortung und Organisation, dass überhaupt Angebote vorhanden sind.

Können kommunalen Seniorenvertretungen etwas tun?

Kempchen: Kommunale Seniorenvertretungen sind DIE Stimme der älteren Menschen, wenn es darum geht auch einmal vorzudenken, was mit den Senioren in einer Kommune passiert. Sie können eine Unterstützung der Politik sein, eine Kommune auf den Prüfstand zu stellen, wie vorbereitet diese ist, was für Bedarfe bestehen, und was getan werden muss, damit man sicher alt werden kann. Will eine Kommune tatsächlich für alle Bürger da sein, braucht man einen unverstellten Blick auf die Situation. Wer könnte diesen besser haben als Menschen, die selbst schon fortgeschrittenen Alters sind, aber eben noch fit und wachsam. Gerade bei Problemen in einem Pflegeheim bahnen sich diese häufig schon lange an, bevor es publik wird. Haben Seniorenvertretungen einen guten Kontakt in die Einrichtungen hinein, kann man unter Umständen schon frühzeitig intervenieren. Aber auch die ambulante Versorgung, das Angebot vor Ort und die vorhandenen Möglichkeiten sollten von einer Seniorenvertretung beobachtet werden. Ich würde eine Seniorenvertretung für die Belange älterer Menschen als Lupe, aber auch als Sprachrohr bezeichnen. Auch Beiträge zum Generationenverständnis können hier sehr wertvoll sein.

Interview: Barbara Eifert

Der BIVA-Pflegeschutzbund ist gemeinnützig, konfessionell ungebunden und überparteilich. BIVA ist die Abkürzung für Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen e.V. Die LSV ist Mitglied dieses Schutzbundes.

Engagement-Preis 2024 NRW ist augelobt

Projekte zur Nachhaltigkeit würdigen und bekannt machen

Unter dem Motto „Nachhaltig engagiert in Nordrhein-Westfalen“ können sich gemeinnützige Initiativen, Vereine, Verbände und Stiftungen, gGmbHs sowie öffentliche Einrichtungen aus NRW um den Engagementpreis 2024 bewerben.

Die Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt des Landes, Andrea Milz, hat diesen Preis ausgelobt, mit dem vorbildliche Projekte des bürgerschaftlichen Engagements gewürdigt und bekannt gemacht werden sollen.

Der Engagementpreis NRW 2024 richtet sich an herausragende ehrenamtliche Projekte aus dem Gesamtspektrum Ökologie, Ökonomie und Soziales, deren Ansätze und Ideen darauf ausgerichtet sind, Menschen stärker für das Thema Nachhaltigkeit/nachhaltige Entwicklung zu sensibilisieren und zu eigenem nachhaltigen Handeln anzuregen.

Bewerbungsschluss ist der 30. September 2023. Bewerbungen und weitere Informationen unter finden Sie unter:

www.engagiert-in-nrw.de

Digitale Teilhabe: Tagung am 30. Oktober in Düsseldorf

Am 30. Oktober findet von 12 bis 16 Uhr im Landtag in Düsseldorf eine Kooperationsveranstaltung zum Thema: „Digitale Teilhabe älterer Menschen“ statt. Veranstalter sind „Wir Verbraucher in NRW e.V.“, die Landesseniorenvertretung NRW in Kooperation mit der Verbraucherzentrale NRW e.V.

Für viele ältere Menschen ist die digitale Welt völlig neu. Sie können oft Geräte und Programme nicht bedienen und so droht ein Ausschluss vom täglichen Leben mit erheblichen Folgen. Die Tagung will zeigen und fordern, was dagegen getan werden muss.

Projekt Klimabotschafter

Engagierte Vorbilder

Zum Ende ihres Regionalprojekts „Klimabewusst aktiv. Verbraucher 60+ als Klima-Botschafter in NRW“ zog die Verbraucher Initiative Bilanz.

Georg Abel, Bundesgeschäftsführer der Initiative: „Ob Wirtschaft, Politik oder Konsumenten – alle Akteure müssen zu Verbündeten des Klimas werden.“ Daher seien wirksame und leicht umsetzbare Klimaschutzmaßnahmen im privaten Umfeld wichtig. „Dafür braucht es glaubwürdige und engagierte Botschafter/innen, die mit einer Vorbildfunktion im eigenen örtlichen Umfeld tätig werden“ . Rafael Kaluza, Fachreferent der Verbraucher Initiative, zog ebenfalls ein erfreulich positives Fazit des Projekts mit NRW-weit über 200 örtlichen Aktivitäten mit 50 geschulten Klima-Botschaftern.

Beim Projekt kooperierte die Verbraucher Initiative eng mit der LSV NRW.

Ein Taschenbuch-Tipp für die kommende Herbst-Lesezeit: „ÜberMenschen“

Etwas erfahren über Menschen und sich selber mit Juli Zeh

Dora zieht mit Hund Jochen-DerRochen (eine Hundedame!) nach Brandenburg in ein kleines Nest.. Sie will den Kopf frei kriegen vom Stadtleben und sich neu sortieren. Am Gartenzaun kriegt sie nicht nur ersten Kontakt zum Nachbarn, sondern auch zum Zaun in ihrem Kopf. Und der Kontakt zu vielen anderen Dorfbewohnern lässt sie fragen: Wer bin ich/wer sind wir? Was macht mich/uns aus als Mensch? Eine klare, grundehrliche Sprache zeichnet dieses Taschenbuch aus. Etliche unerwartete Wendungen lasssen auch den Leser fragen: Wer bin ich? Was macht mich aus?

Ingrid Dormann

Hörstel: Initiative macht sich auf den Weg zur Gründung einer Seniorenvertretung

LSV-Starthilfe beim Prozess

„Ein hoffnungsvoll stimmender Prozess hat begonnen“, so kommentierten Edeltraud Krause vom LSV-Vorstand und Barbara Eifert, wissenschaftliche Beraterin, das Treffen mit engagierten Frauen und Männern in Hörstel.

Die Initiative hatte die beiden eingeladen, um sich über Argumente zur Gründung einer Seniorenvertretung auszutauschen und Anregungen für die Vorarbeiten geben zu lassen.

Die Engagierten, die sich für eine Seniorenvertretung in Hörstel stark machen, mit Edeltraud Krause und Barbara Eifert. Foto: PD

Informationsmaterial war im Vorfeld nach Hörstel geschickt worden, so dass man rasch erste konkrete Ideen entwickelte. Die Initiative sucht nun Verbündete vor Ort, die LSV hat bereits Hörstels prominenten Einwohner NRW-Minister Karl-Josef Laumann per Brief um Unterstützung gebeten.

Wenn das Ende des Berufslebens naht: Verschiedene Wege zur Renten-Beantragung

Hier möglich: Online oder analog zur Rente

Ansprüche aus der Gesetzlichen Rentenversicherung werden immer nur auf Antrag gewährt. Es gibt mehrere Wege, um die Rente zu beantragen:

In vielen Kommunen gibt es Versicherungsämter. Diese beraten unter anderem in den Angelegenheiten der Gesetzlichen Rentenversicherung und nehmen auch die notwendigen Anträge auf. Ob die Stadt, bzw. Gemeinde an Ihrem Wohnort ein Versicherungsamt hat, können Sie dort erfragen.

Die nächste Möglichkeit sind die so genannten „Versichertenältesten“. Diese sind vom Träger der Gesetzlichen Rentenversicherung (Deutsche Rentenversicherung) ernannt und ehrenamtlich tätig. Auch bei diesen können Sie sich kostenlos beraten und Anträge aufnehmen lassen.

Eine Antragstellung ist auch online möglich. Unter www.deutsche-rentenversicherung.de finden Sie in der Rubrik „Online-Dienste“ u.a. die Möglichkeit, Anträge zu stellen. Das Programm ähnelt dem Programm „Elster“ bei der Steuerverwaltung.

Sie können den Rentenantrag auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Rentenversicherung aufnehmen lassen. Hierfür benötigen Sie jedoch einen Termin. Die Termine gibt es in den Beratungsformen „Präsenz“, „Telefonisch“ und „Video“. Eine Online-Terminbuchung ist leider derzeit nicht möglich. Sie müssen sich für einen Termin also telefonisch oder persönlich an die Deutsche Rentenversicherung wenden.

Anträge auf eine Altersrente werden zwei bis drei Monate vor dem gewünschten Rentenbeginn aufgenommen. Dies reicht für die pünktliche Auszahlung der Rente aus.

Kostenloses Service-Telefon der Deutschen Rentenversicherung: 0800 / 1000 4800. Mo. bis Do. von 7:30 bis 19:30 Uhr und freitags bis 15:30 Uhr. für Fragen rund um die Gesetzliche Rentenversicherung. Die Mitarbeitenden beantworten diese Fragen und buchen, falls notwendig, einen Termin für eine Antragsaufnahme.

Arnsberg: Gast aus Chikago interessiert an Seniorenarbeit

Vor allem die Notfalldose war eine beeindruckende Neuigkeit

Von einem spannenden Besuch berichtet hier Ingrid Dormann von der SV Arnsberg.

Luis J. Cordero, Student aus Chicago, war über das Internet auf Arnsberg und seine mehrfach mit Preisen ausgezeichnete Arbeit für eine altersfreundliche Stadt aufmerksam geworden. Er hatte Martin Polenz, Leiter der Fachstelle, gebeten, Arnsberg besuchen zu dürfen.

Im Rahmen eines Stipendienprojektes erkundete er ein Jahr lang in diversen Ländern Ansätze und Innovationen in vielen Kulturen. Gestartet war er in Südamerika in Ecuador, Peru, Argentinien, Brasilien, Costa Rica. Nach Spanien und Frankreich sollten in Deutschtschland Berlin und Arnsberg seine Stationen sein. In Berlin wollte er etwas lernen über die dortige Schwulenberatung.

In Anrsberg schließlich besuchte er wichtige Stationen zum Thema Seniorenarbeit, auch unternahm er eine Fahrt mit der Rikscha. Für ein Gespräch mit dem Seniorenbeirat der Stadt wurde ich angefragt und sagte gerne zu.

Die Chemie stimmte

Reicht mein Englisch noch für ein solches „besonderes“ Gespräch? Eine nette Kollegin stand hilfreich zur Seite, auch ein Übersetzungsprogramm konnte genutzt werden. Rund eine Stunde haben wir uns ausgetauscht. Die Chemie stimmte sofort! Anlass zu seinen Studien war für Luis die Demenzerfahrung mit der eigenen Großmutter.

Ich berichtete über die Aktivitäten des Arnsberger Seniorenbeirates, wobei ihn besonders der Einsatz der Notfalldose begeistert. Eine solche nahm er gern mit. Darüber hinaus konnte ich als stellvertr. Vorsitzende der LSV über deren Aufgaben und Aktivitäten berichten. Er war sehr beeindruckt. Es war ein schönes Gespräch!

Nach Arnsberg wollte er, bevor es nach Australien ging, noch nach Nepal reisen …

Wie wunderbar, dass es für junge Menschen in der heutigen Zeit solche Möglichkeiten gibt, sich die Welt zu erschließen.

Ingrid Dormann, Arnsberg

Ingrid Dormann und ihr Gesprächspartner aus Chicago, Luis J. Cordero. Foto: M. Polenz

LSV-Vorsitzender im Gespräch mit Mitgliedern der FDP-Landtagsfraktion

Im Landtag fand ein Gespräch der LSV NRW mit MdL Susanne Schneider, Sprecherin für Arbeit, Gesundheit und Soziales, und Thomas Franzkewitsch, Referent für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration der FDP-Fraktion, statt. Sie tauschten sich mit dem LSV-Vorsitzenden Karl Josef Büscher (Sofa) und Barbara Eifert (l.) als wissenschaftlicher Beraterin der LSV aus. Foto: LSV

Winterberg: Mobiitätstag

Mobil bleiben im Alter

Ein umfangreiches Programm bot der Seniorenbeirat auf dem Marktplatz in Winterberg unter dem Motto „Mobil und sicher älter werden“.

An den Info-Ständen und Beratungsbussen informierten u.a. der Caritasverband Brilon „CariMobil“, die „Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung“ (EUTB) und die „Pflegeselbsthilfe NRW“. Auch die Polizeibehörde Hochsauerlandkreis war mit Verkehrsberaterinnen und einem Übungsparcours, die Landes- und Bezirksverkehrswacht zum Thema „Sicher unterwegs auf dem Fahrrad und Pedelec“, der „Blickpunkt Auge Bus“ vom Blinden- und Sehbehindertenverein Westfalen e.V. mit einem Seh- und Reaktionstest und viele mehr. „Alle Anstrengungen haben sich gelohnt“, freute sich der Vorsitzende Walter Hoffmann.

Eindruck vom Mobilitätstag in Winterberg. Foto: SV

Der neue Beirat 60 plus in Marienmünster ist die erste gewählte kommunale Seniorenvertretung im Kreis Höxter. Foto: LSV

Marienmünster: Erster Seniorenbeirat im Kreis Höxter

„Starke Stimme in der Stadt“

„Ich wünsche dem frisch gewählten „Beirat 60plus“ viel Erfolg und eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, den bereits bestehenden Seniorengruppen, der Verwaltung und allen weiteren relevanten Akteuren. Mit dem Beirat haben wir eine zusätzliche starke Stimme der älteren Generation in unserer Stadt.“

Mit diesen Worten gratulierte Bürgermeister Josef Suermann aus Marienmünster den Mitgliedern der am 10. August gewählten Seniorenvertretung, die die erste im Kreis Höxter ist. In einer festlichen Veranstaltung im Schafstall der Abtei Marienmünster sprachen auch Bernhard Eder, Geschäftsführer vom Seniorennetzwerk des Kreises Höxter, und Barbara Eifert, wissenschaftliche Beraterin in der LSV NRW, Grußworte. Insbesondere Bernhard Eder hatte sich gemeinsam mit der LSV NRW vor Ort für eine Seniorenvertretung engagiert eingesetzt.

Waltraud Ahlemeyer, Bruno Gröne, Aloys Mönks, Maria Müller, Johannes Potthast, Josefa Laubichler, und Marie-Ann Rox wurden in den Beirat gewählt; Vertreterinnen sind Margret Marx, Maria Stecker-Ostermann und Hilda Gaidzik.

Mettingen: Kreis-Seniorenvertretung Steinfurt tagte

Die Frühjahrsversammlung der Kreis-Seniorenvertretung Steinfurt fand in Mettingen statt. Die Vorsitzende Gaby Schnell konnte zahlreiche Delegierte begrüßen, die sich intensiv mit dem Thema „Klimaneutralität“ befassten. Auch die interne Kommunikation zwischen den einzelnen SV wurde diskutiert. Edeltraud Krause vom Vorstand der LSV NRW erläuterte den Anwesenden Anträge aus der Mitgliederversammlung in Kevelaer.

Bocholt: Gesundheitsminister Laumann diskutierte vor vollem Haus über die Pflege

„Pflege muss sich organisieren und lauter sein“

Nach jüngsten Prognosen nimmt die Zahl der pflegebedürftigen Personen bis 2055 um mehr als ein Drittel von fünf auf 6,8 Millionen zu. Bereits jetzt gibt es Probleme in der Pflege, steht diese vor dem Kollaps?

Der Seniorenbeirat Bocholt hatte Fachleute heimischer Pflegedienste und Einrichtungen zu einer Podiumsdiskussion mit Minister Karl-Josef Laumann eingeladen. In der Diskussion ging es um Themen wie den Personalmangel in der Pflege, die völlig unzureichende Digitalisierung im Gesundheitswesen, die zunehmende Bürokratie, Hürden bei der Gewinnung von ausländischen Pflegekräften und das Imageproblem des Berufes.

Bürgermeister Thomas Kerkhoff, sagte: „Ich glaube wir müssen uns um die Menschen kümmern, die Pflege leisten“. Anerkennung und Wertschätzung spielten dabei eine zentrale Rolle.

Angehörige nicht vergessen

Eine Pflegekraft mit jahrzehntelanger Erfahrung stellte die Probleme der pflegenden Angehörigen heraus. „Sie sind oft überlastet“. Hier unterstützen in zunehmendem Maße die ambulanten Pflegedienste. Minister Laumann gestand zu, dass die Pflege nicht allein mit professionellen Pflegekräften geleistet werden kann. „Wir brauchen auch die Angehörigen, Freunde und Nachbarn!“

Auch durch das Imageproblem ist es schwierig, Nachwuchskräfte zu gewinnen. Gewünscht wurde, bürokratische Hürden bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu beseitigen. Allerdings gelte es auch, Qualitätsstandards in der Pflege zu sichern.

Minister Laumann sah ein Kernproblem im fehlenden Organisationsgrad der „Pflege“: „Da, wo über Pflege entschieden wird, sitzt die Pflege nicht mit am Tisch. Das müssen wir ändern“. Pflege müsse „lauter“ werden.

Hans-Georg Bruckmann

Diskutierten mit Minister Karl-Josef Laumann (r.): (v.l.) Ingo Jansen (Pflegedirektor Klinikum Westmünsterland), Michaela Schneider (Pflegedienst Wohnfit,) Monika Niermann (pflegende Angehörige),Frank Heßling (Pflegedirektor im Kardinal-Diepenbrock-Stift). Foto:. Dr. Michael Adam

Impressum

Nun Reden Wir ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

Herausgeber: Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V.
Dunantstr. 30, 49151 Münster,
Telefon 02 51/21 20 50,
Fax 02 51/2 00 66 13,
E-Mail: info@lsv-nrw.de, www.lsv-nrw.de

Druck: Darpe Industriedruck,
Beelener Str. 37, 48231 Warendorf
Auflage 3000

Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf

Übrigens: Die Folie, in der die „Nun Reden Wir“ versandt wird, ist zu 100 Prozent recyclebar.
V.i.S.d.P.: Karl-Josef Büscher

Redaktionsteam:
Wolf-Rauiner Winterhagen, Gerd Maschun, Ingrid Dormann, Heike Hänscheid
Wissenschaftliche Beratung: Barbara Eifert

Die Redaktion behält sich Änderungen und Kürzungen vor.
Erscheinungsweise: drei Mal im Jahr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder, nicht immer die der Redaktion.

Die nächste Ausgabe erscheint im Nov. 2023
Redaktionsschluss: 13. Oktober 2023

Winterberger im Gasometer

Blauer Planet beeindruckte

Eine der erfolgreichsten Ausstellungen in Deutschland mit bis jetzt einer Millionen Besuchern ist im Gasometer Oberhausen zu sehen.

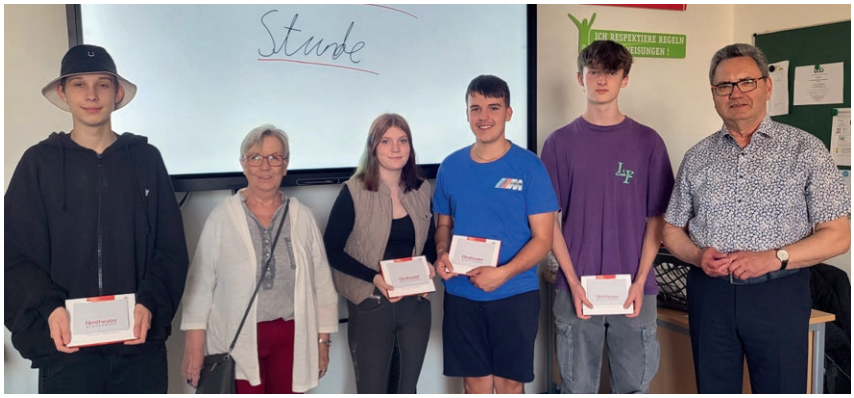
Der Seniorenbeirat Winterberg organisierte eine Busfahrt dorthin mit 43 Personen. Feuer, Wind und Wasser – diese Urgewalten bildeten den furiosen Einstieg in die Ausstellung. Unmittelbar erleben die Besucher die Auswirkungen dieser Naturphänomene auf die Klimageschichte unseres Planeten. Die Ausstellung zeigt anhand von großformatigen Fotos und packenden Filmausschnitten die einzigartige Schönheit der Erde und die Wunder der Natur.

Der ökologische Fußabdruck des Menschen bestimmt die Ausstellungsinhalte auf der zweiten Ebene des Gasometers.. Unbestrittener Höhepunkt war die monumentale Skulptur der Erde. Auf der Rückfahrt wurde über den zerbrechlichen „Blauen Planeten“ angeregt diskutiert.

„Seniors for Future“

Der Seniorenbeirat möchte eine Gruppe gründen, die möglichst alle Generationen ansprechen will, die sich für den Klimaschutz und eine intakte Umwelt einsetzt. Auf einer Info-Veranstaltung im Monat August wollen die Initiatoren und der Seniorenbeirat das Anliegen vorstellen.

Winterberg: Schüler halfen bei Smartphone und Tablets



Am 31. Mai endeten die Schulungsstunden in der Sekundarschule Medebach-Winterberg zum Umgang mit Smartphone und Tablet. Alle Teilnehmenden waren begeistert von der Kompetenz, Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit der „Schülerlehrer“. Der Seniorenbeirat bedankte sich in der „letzten Stunde“ mit Gutscheinen für einen Kinobesuch und wünschte für die weitere schulische bzw. berufliche Laufbahn alles Gute. Ferner bedankte sich Vorsitzender Walter Hoffmann auch bei der Schulleitung, besonders bei Silke Soboll für die Unterstützung bei diesem Projekt „Zukunftswerkstatt“. Es soll eine Fortsetzung geben „Digital im Alter“ mit einer „neuen Schülermannschaft“.Das Foto zeigt die „Schülerlehrer“ Max D., Alina, Max W. und Sean mit Irmgard Sander und Walter Hoffmann vom Seniorenbeirat.

Halle: Neuer Seniorenbeirat seit März an der Arbeit

Viele Vorhaben in Planung

Im März wurde in Halle/Westf. (22.500 Einwohner) ein neuer Seniorenbeirat gewählt.

Der langjährige, beliebte Vorsitzende Heinz Farthmann kandidierte aus alters- und persönlichen Gründen nach 17-jährigem Engagement nicht erneut. Zu seiner Nachfolgerin wurde Ursula Wolff, gewählt, erster Stellvertreter ist Dieter Baars, zweite Stellvertreterin Brigitte Wallmeier. Der neue Vorstand hat sich viel vorgenommen. So wird u.a. der Flyer des Seniorenbeirates mit Kontaktadressen und Informationen neu gestaltet. Des Weiteren ist vierteljahrlich ein Seniorenstammtisch geplant.

Das Thema Altersdiskriminierung will der Beirat bei Dialogen in Schulen aufgreifen. In der Innenstadt soll angesichts kommender Hitzewellen ein Trinkwasserbrunnen installiert werden. Erfolgreich war ein Antrag, das Innenstadt-Kopfsteinpflaster Rollstuhl- und Rollator-gerecht abzuschleifen. Für den Herbst sind einige Vorträge geplant. Tanztees, Kino und andere gesellige Veranstaltungen bleiben bestehen. *Ursula Wolff*

Die positive Stimme: Heute Bürgermeister Dr. Dominik Pichler aus Kevelaer

„Seniorenbeirat ist eine große Bereicherung“

Der Seniorenbeirat der Wallfahrtsstadt Kevelaer besteht aus 13 vom Rat der Stadt gewählten Mitgliedern und jeweils einer Vertretung der Ratsfraktionen. Stellvertreterinnen und Stellvertreter unterstützen die Arbeit.

Seit vielen Jahren widmet sich der Seniorenbeirat mit großem Engagement den Interessen und Belangen der Seniorinnen und Senioren. Die Themen reichen von Wohnmöglichkeiten im Alter, Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen, Beteiligung an Stadtfesten und Veranstaltungen, Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen bis hin zur Kennzeichnung von Bänken, Stolperfallen in der

Stadt und vielem mehr.

Ein ganz besonderes Thema war in diesem Jahr die Ausrichtung der Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung NRW, über die ich mich sehr gefreut habe. Überwältigt war ich von den vielen Menschen, die sich ehrenamtlich aktiv engagieren und so zum Sprachrohr für ältere Menschen werden.

Bei uns gibt es für den Seniorenbeirat unglaublich viele Beteiligungsmöglichkeiten, und die letzten Jahre zeigen, dass ein Seniorenbeirat mit seinen langjährigen Erfahrungen eine große Bereicherung für Jung und Alt ist.

Durch die aktive Beteiligung an Planungen und Prozessen trägt der Seniorenbeirat zum Wohle der Gesellschaft bei, was sich insgesamt sehr positiv auf das Stadtleben auswirkt.

Eine Zusammenarbeit zwischen dem Seniorenbeirat und mir ist für mich selbstverständlich, und ich bin für das gute Miteinander überaus dankbar.

Für die Zukunft wünsche ich allen ehrenamtlich aktiven Mitgliedern des Seniorenbeirates weiterhin viel Energie, Freude und vor allem viel Zuversicht für die nächsten Projekte.

Dr. Dominik Pichler

So engagieren wir uns: Josef Lipka für den Seniorenbeirat in Kevelaer

„Bemerkenswert, wie Ideen bei uns sprudeln“

Einige Themen im Seniorenbeirat sind Dauerbrenner, wie etwa Stolperfallen für Rollator- bzw. Rollstuhlfahrer oder fehlende Querungshilfen.

Aber auch „größere“ Themen“ haben wir uns vorgenommen. So sind wir eingebunden in die Planungen für neue Wohngebiete. Unser Ziel: das Wohnraumangebot ist so zu fächern, dass im Idealfall eine junge Familie ein Zuhause findet, sich in dem Gebiet wohlfühlt und im Alter, wenn das Haus zu groß geworden ist, eine passende Wohnung findet, ohne das Quartier verlassen zu müssen.

Es ist wirklich bemerkenswert, wie die Ideen in den Sitzungen des Beirates sprudeln. Und: Wir in Politik und Verwaltung gehört werden.

Zu den weiteren Themen gehört die regelmäßige Warnung vor dem „Enkeltrick“ mit all seinen Nuancen. Auch hier finden wir große Unterstützung in der Presse und den lokalen Pflegediensten.

Wir wollen Anlaufstelle für Menschen sein, die auf seniorenspezifische Probleme aufmerksam machen. Hierzu bieten wir eine monatliche Telefonsprechstunde an.

Ein künftiger Schwerpunkt unserer Arbeit wird es sein, die Scheu vor digitalen Themen zu nehmen, etwa, um Angebote online zu finden, bei denen man sich austauschen und treffen kann, ohne viel Geld zu benötigen.

Josef Lipka